

Nicht in guter Gesellschaft

Am 1. November fand eine Kundgebung des Bündnisses „Rekumer Str. 12 – Nicht mit uns“ statt. Nicht jeder, der an der Kundgebung teilnahm, tat dies aus einer rassistischen Motivation heraus.

...aber... Wer hat eigentlich noch an der Kundgebung teilgenommen?

Neonazis sowie rechte Parteien wie die Bürger in Wut und die AfD. Diese rechtsgesinnten Leute machten einen bedeutenden Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus.

Die Teilnahme an einer Kundgebung zeigt Zustimmung zu den dargestellten Inhalten und Solidarität miteinander. Man kann es sich nicht aussuchen, wer neben einem auf dem Marktplatz steht. Aber man kann sich von Neonazis und rechten Parteien distanzieren. Leider wurde dies auf der Kundgebung versäumt. Es fehlten klare Aussagen wie: „Wir wollen, dass ihr geht! Wir wollen nicht mit euch zusammen stehen! Wir teilen nicht eure rassistische und menschenverachtende Meinung!“ Diese Worte wären dringend nötig gewesen – von Rednern und Teilnehmer*innen der Kundgebung. So konnten Neonazi-Gruppen und rechte Parteien sich bürgernah darstellen und fungierten als „Unterstützer friedlicher Bürgerproteste“, sowie als Unterstützer einer vermeintlichen Mehrheitsmeinung.

1992 gab es eine ähnliche Konstellation in Rostock-Lichtenhagen. Dort fühlten sich Neonazis im Recht, Brandsätze in eine von vietnamesischen Arbeitern bewohnte Unterkunft zu werfen. Zuvor gab es Proteste von Anwohnern gegen die Unterbringung von Flüchtlingen und die unhaltbaren Zustände der Unterbringung. Wut auf die Politik vermischte sich mit Angst vor Fremden und mit rassistischen Vorbehalten.

Neonazis hatten Anwohnerproteste unterstützt und gelenkt, Anwohner unterstützten beim Werfen von Brandsätzen.

Die Rekumer Straße 12 wird aktuell von der Polizei rund um die Uhr bewacht.

Es existiert die reale Gefahr einer Wiederholung der Pogrome von Rostock-Lichtenhagen.

Die Solidarität mit Neonazis und auch mit Parteien, die weiterhin Hass schüren, liefert den Nährboden für ausgeführte Gewalt.

Es ist nötig diese Gewalt klar und offensiv abzulehnen.

Distanzieren Sie sich nicht nur von offen auftretenden Neonazis, distanzieren Sie sich auch von denen, die Ängste schüren, die Hass schüren und damit ein friedliches Zusammenleben unmöglich machen!

Gemeinsames Leben im Stadtteil wird möglich durch Offenheit und Interesse aneinander. Es setzt die Bereitschaft voraus, neu hinzugezogene Menschen anzunehmen und mit ihren Eigenheiten zu akzeptieren.

Bieten Sie den Jugendlichen in Rekum die Möglichkeit, Wertschätzung zu erfahren und Teil des Lebens in Rekum zu werden. Nur wer sich angenommen und wertgeschätzt fühlt, kann sich auch wertschätzend verhalten.

Die von den Bürgern in Wut geforderte Unterbringung in einem geschlossenen Heim grenzt aus, verhindert Annäherung und verstärkt gegenseitige Vorbehalte.

Für eine Gesellschaft der Offenheit, jenseits von Ablehnung und Rassismus!